
Wenn Globalisierung entgleist

Rezension von: Dani Rodrik, *Straight Talk on Trade: Ideas for a Sane World Economy*, Princeton University Press, Princeton, NJ, 2018, 316 Seiten, gebunden, € 29,99; ISBN 978-0-691-17784-7.

Zwar werde viel über Symptome wie etwa Handelskriege diskutiert. Aber die Krankheit liege – so der Tenor des aktuellen „Trade and Development“-Report der UNCTAD – in einem Teufelskreis von „*corporate political capture*“ (also einer von Unternehmensmacht gekaperten Politik) und steigender Ungleichheit begründet: Geld werde demnach verwendet, um politische Macht zu gewinnen, und politische Macht werde wiederum dazu verwendet, (noch mehr) Geld zu gewinnen.

An diese scharfe UNCTAD-Kritik an der sog. „Hyperglobalisierung“ lässt sich unmittelbar mit einem zweiten markanten Schlaglicht aus der jüngsten Diskussion zur Krise der Globalisierung anschließen. So ist zwar gegenwärtig viel von „Populismus“ die Rede. Doch das systematische Ausblenden ökonomischer Faktoren – so der „Ausgangsverdacht“ in Philip Manow's aktueller Publikation „Politische Ökonomie des Populismus“ – sei womöglich Teil des Problems. Denn es greife zu kurz, das Erstarken des „Populismus“ bloß kulturalistisch aus einer selbstgerechten Perspektive der Eliten abzuhandeln – und damit insbesondere auch auf eine ernsthafte Reflexion der ökonomischen Gründe dieser Protestform gegen die Globalisierung zu verzichten.

Diese beiden Schlaglichter weisen

darauf hin, wie sehr sich mittlerweile das Ruder weg von der Globalisierungseuphorie und Marktgläubigkeit der 1990er-Jahre gedreht hat.

In beiden Fällen fungiert der Harvard-Ökonom Dani Rodrik als wichtiger Stichwortgeber und fixe Referenz für aktuelle Globalisierungskritik. Den Nerv der politökonomischen Diskussion trifft Rodrik nicht zuletzt durch seine Vorwegnahmen des Phänomens Trump sowie seinen nüchternen Umgang mit den Möglichkeiten und Grenzen sog. „*Global Governance*“. Welche Perspektiven bestehen dafür, aus dem eingangs geschilderten Teufelskreis aus demokratiezerstörender Kapitalmacht und verschärfter sozialer Polarisierung auszubrechen? Wohin soll eine stichhaltige Globalisierungs- und damit Kapitalismuskritik zielen, die sich zugleich der Gefahr des weltweiten Vormarschs „neuer Autoritarismen“ bewusst ist?

Für diese gegenwärtig höchst relevanten Suchprozesse enthalten die Interventionen von Rodrik jedenfalls diskussionswürdige Anhaltspunkte und produktive Irritationen. Zudem lohnt sich insbesondere auch im Spiegel jüngster Konflikte zu handelspolitischen Großprojekten (wie z. B. dem EU-USA-Abkommen TTIP oder dem Transpazifischen Abkommen TPP) eine Auseinandersetzung mit dem vorliegenden Buch. Darin spricht Rodrik gleich im Eingangskapitel Klartext, was die Rolle der ökonomischen Disziplin für aktuelle Verwerfungen der Globalisierung und den Trump'schen *Backlash* betrifft:

ÖkonomInnen hätten sich in den letzten Jahrzehnten zu sehr unter die „*Cheerleaders*“ der Globalisierung begeben und mit der notorischen Ausblendung von z. B. Fragen des Markt-

versagens, sozialen Dumpings und Verteilungseffekten oder etwa der regulatorischen Auswirkungen neuerer Freihandelsverträge zum derzeitigen *Backlash* beigetragen. Rodrik bezweckt mit dieser Kritik nicht, seiner Disziplin dafür pauschal die „Schuld“ zu geben. Ihr liegt vielmehr ein Plädoyer dafür zugrunde, die dahinterstehenden Missstände als real anzuerkennen und sich nicht nur im Seminarraum, sondern auch in der öffentlichen Debatte von den *Cheerleaders* der Globalisierung zu lösen. Das würde nicht nur Glaubwürdigkeit zurückbringen. Solcherart argumentierende ÖkonomenInnen könnten zudem – so das Wunschbild von Rodrik – als „ehrliche Makler“ („*honest brokers*“) eine differenzierte Debattenführung unterstützen.

„Corporate Capture“ von Handelsabkommen

Dafür lassen sich beispielsweise die Debatten zu den ökonomischen Effekten von handelspolitischen Großprojekten wie TPP und TTIP nennen: Deren Auswirkungen würden unter Mithilfe von ÖkonomenInnen oft übertrieben positiv dargestellt. Damit seien die Unterschiede zwischen den konventionellen Handelsabkommen (mit ihrem Fokus auf Zollabbau) und den neuen Handelsabkommen mit ihren nachteiligen Effekten auf Demokratie und gesamtwirtschaftliche Wohlfahrt in den Hintergrund getreten.

Die zentrale Stoßrichtung Rodriks gegenüber derartig umfassenden Abkommen der neuen Generation lautet: Sie verdienen im Grunde den Namen Handelsabkommen nicht – es handle sich vielmehr um einen länderübergreifenden Mechanismus zur Absicherung

ökonomischer Renten und zur Förderung einer gekaperten Gesetzgebung im Interesse politisch einflussreicher Exportunternehmen sowie multinational tätiger Konzerne.

Rodrik spricht hier vier Bereiche an, um den Charakter der neuen Handelsabkommen als Zwangsjacken für politische Handlungsspielräume zu veranschaulichen: geistige Eigentumsrechte (z. B. zur Absicherung der Monopolverrenten von Pharmazieunternehmen), Deregulierung bzw. Absicherung grenzüberschreitender Kapitalflüsse, Forcierung von Sonderschiedsgerichten bei Investor-Staat-Konflikten sowie die Harmonisierung regulatorischer Standards (inkl. Deregulierung von z. B. als „Handelsbarrieren“ gebrandmarkten Gesundheits- und Sicherheitsstandards).

Derartige Argumente zum expansionistischen Charakter von Handelsabkommen der neuen Generation sind nicht unbedingt neu: Sie finden sich in einer langen Reihe globalisierungskritischer Beiträge von NGOs und von Gewerkschaften bis hin zu frühen Forschungsarbeiten im Feld der kritischen Internationalen Politischen Ökonomie. Das Verdienst Rodriks besteht darin, dass er derartige Problemstellungen in viele bislang von den *Cheerleaders* der Globalisierung okkupierte Debattenforen holt und wirkungsvoll im ökonomischen *Mainstream* interveniert.

Rodriks Buch beinhaltet eine Reihe von Argumenten und Überlegungen, die auch über den ökonomischen *Mainstream* hinaus durchaus irritierend wirken können. Dazu zählt seine skeptische Einschätzung zur Fähigkeit von *Global-Governance*-Ansätzen, die manifesten Probleme im Bereich Sozialdumping und unfairer Handel in den Griff zu bekommen. Eine der schärf-

ten Kritiken Rodriks an der handelspolitischen Technokratie lautet, dass sie die Probleme des Sozialdumpings nicht anerkennt und dementsprechend bei Gegenmaßnahmen versagt. Damit habe sie die Türen für Demagogen geöffnet und den gegenwärtigen *Backlash* maßgeblich mitverschuldet.

Rodrik plädiert im Zweifel eher gegen eine Auslagerung von gesellschaftspolitisch stark polarisierenden Fragen von der – von ihm vornehmlich auf nationalstaatlicher Ebene ausgemachten Möglichkeit zur – demokratischen Deliberation an Technokraten und deren internationale Entscheidungsgremien. Diese Argumentation bildet mitunter auch einen roten Faden zu Rodriks prominentem Vorgängerbuch „Das Globalisierungsparadox“ und der dort zentralen „Trilemma-Diskussion“: Es sei demnach unmöglich, Hyperglobalisierung, Nationalstaat und Demokratie zugleich zu haben – höchstens zwei davon seien jeweils miteinander vereinbar.

Globale Standards und Regelwerke lassen sich nicht nur schwer durchsetzen, es mangelt ihnen auch an demokratischer Legitimität. Die wiederkehrende Befürchtung lautet deswegen, dass es im Rahmen von *Global-Governance*-Lösungsansätzen nur zur Einigung auf den kleinsten gemeinsamen Nenner kommt. Rodriks Grundsatz, „*social dumping that undermines democratically legitimated domestic practices is not acceptable*“, veranlasst ihn zu der Forderung, insbesondere innerstaatliche Entscheidungskompetenzen zur Abwehr unfairer Sozialdumping-Praktiken zu stärken:

„*Just as countries can impose duties on goods that are sold below costs, they should be allowed to restrict imports that demonstrably threaten da-*

mage to domestic regulatory arrangements“ (S. 231).

Rodrik berücksichtigt dabei durchaus, dass nicht alle Anwendungsfälle so eindeutig sind wie z. B. der unfaire Wettbewerb mit der Wirtschaft eines autoritären Regimes, in der schwere Verletzungen von sozialen und politischen Grundrechten die Regel sind.

Intelligente Globalisierung?

In diesem Kontext folgt Rodrik dem Credo: Intelligente Globalisierung müsse innerstaatliche Demokratie stärken – und nicht aushöhlen. Rodriks Kernüberlegung zum adäquaten Umgang mit dem besagten „*Anti-Social-Dumping*“-Prinzip lautet:

„*The principle rules out extremism on both sides. It prevents globalizers from gaining the upper hand in cases in which international trade and finance are a backdoor for eroding widely accepted standards at home. Similarly, it prevents protectionists from obtaining benefits at the expense of the rest of society when no significant public purpose is at stake. In less clear-cut cases, in which different values must be traded off against each other, the principle forces internal deliberation and debate – the best way to handle difficult political questions*“ (S. 232).

Zwar sei demokratische Deliberation keineswegs immer perfekt – aber nach Rodrik ist sie jedenfalls die bessere Lösung als die Auslagerungen von stark interessen- und wertbezogenen Zielkonflikten an Technokraten und deren internationale Entscheidungsgremien. Weitgehend skeptisch steht er dem Ansatz gegenüber, diese Probleme des Sozialdumpings durch die Aufnahme von Sozialstandards in Handelsabkommen selbst in den Griff zu bekom-

men: Dieser sei bislang ineffektiv und laufe mitunter Gefahr, unter der Dominanz von handelspolitischen VerhandlerInnen für die Durchsetzung kommerzieller Interessen instrumentalisiert zu werden. Zusammengenommen nimmt Rodrik das Problem also zuvorderst „importseitig“ in den Blick und plädiert für die Ausweitung von handelspolitischen Verteidigungsinstrumenten gegen „unfairen Handel“ unter dem Gesichtspunkt des Sozialdumpings – und das vor allem durch eine Stärkung der Handlungskapazitäten der betroffenen Staaten.¹

Um Missverständnissen vorzubeugen: Rodriks Buch beschränkt sich keineswegs auf handelspolitische Diskussionen im engeren Sinne – der Bogen reicht von Interventionen zur Industrie- und Innovationspolitik über Reflexionen zum Verhältnis von Ökonomie, Politik und Ideen bis hin zu fiskalpolitischen Spannungen innerhalb der Eurozone. Die Klammer bildet immer wieder die Problemstellung, wann wirtschaftliche Integration unverträglich für soziale Demokratie wird und in Desintegration umschlägt. Damit bewegen sich Rodriks Interventionen am Puls einer Zeitenwende, die sozial, politisch und ökonomisch durch verschärfte Polarisierung gekennzeichnet ist.

Der vorliegende Band ist jedenfalls lesenswert; nicht nur, weil er vor dem konflikträchtigen Hintergrund reich an Denkanstößen ist, sondern auch, weil er pointiert geschrieben ist. Offen bleibt freilich, wo Rodrik die Grenzen seiner Argumentation zu den Kernpunkten der Gestaltung einer „intelligenten Globalisierung“ – nämlich Nationalstaat und demokratische Deliberation – sieht. Dies gilt umso mehr, wenn sich der globale Vormarsch neuer Autoritarismen weiter fortsetzt und der von Rodrik hochgehaltenen demokratischen Deliberation noch stärker ihre gesellschaftlichen Voraussetzungen entzogen werden.

Oliver Prausmüller

Anmerkung

¹ In diesem Zusammenhang ist zu berücksichtigen: In Rodriks Argumentation ist die spezifische Frage der (Nicht-)Anwendbarkeit von „*domestic trade remedies*“ bei Sozialdumping innerhalb der EU nicht elaboriert. Die Referenzfolie für „*domestic*“ bleibt unbenommen seiner Hinwendung zu EU-Themen (wie z. B. der Krisenanfälligkeit der Eurozone) vornehmlich nationalstaatlich zugeschnitten.